

Alternative Wirtschaftspolitik zum sozial-ökologischen Umbau

Konzepte der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

**» ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK e.v. «**

Dr. Axel Troost

Bielefeld, September 2022

Teil 1 – Schlaglichter auf die deutsche Ökonomie

- trotz teilweise Fachkräftemangel: hohe Arbeitslosigkeit und Langzeitarbeitslosigkeit mit hohen fiskalischen Kosten
- Verteilung von Löhnen und Gewinnen – großer Niedriglohnbereich und hoher Anteil von prekärer Beschäftigung
- extrem hohe Ungleichheit in der Vermögensverteilung
- anhaltende extrem hohe außenwirtschaftliche Ungleichgewichte
- anhaltende private und öffentliche Investitionsschwäche
- große Defizite bei den sozialen Dienstleistungen und in der Daseinsfürsorge
- großes Gehaltsgefälle zwischen den Geschlechtern
- ambitionierte Klimaziele, geringe Fortschritte

Gemeldete und verdeckte Arbeitslosigkeit



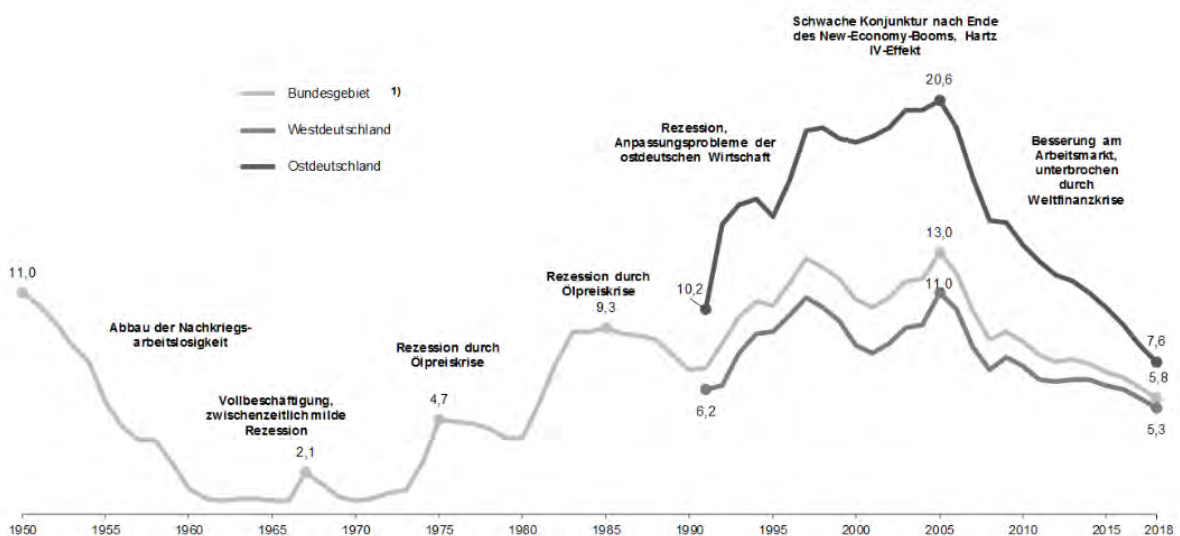
*** Nicht berücksichtigt wurden:**

• Älter als 58, beziehen Arbeitslosengeld I und/oder ALG II	159.194
• Ein-Euro-Jobs	51.725
• fremd geförderte Arbeitsverhältnisse	159.727
• berufliche Weiterbildung	99.860
• Aktivierung und berufliche Eingliederung	146.553
• Beschäftigungszuschuss für schwer vermittelbare Arbeitslose	1.080
• Krankheit (§146 SGB III)	61.104
• Nicht gezählte Arbeitslose gesamt	679.243

Seit Jahrzehnten Massenarbeitslosigkeit

Arbeitslosenquoten auf Basis abhängiger ziviler Erwerbspersonen (in Prozent)

Deutschland, West- und Ostdeutschland
1950 bzw. 1991 bis 2018



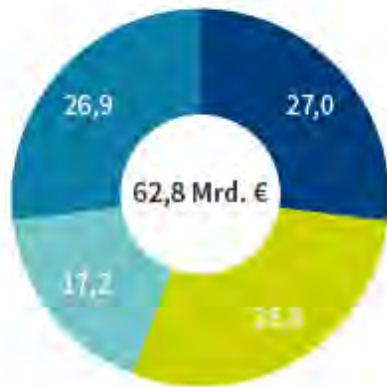
¹⁾ Bundesgebiet: bis 1958 ohne Saarland, bis 1990 Bundesgebiet West (ohne das Gebiet der ehemaligen DDR).

Seit dem Jahr 2000 wird die Zahl der geringfügig Beschäftigten als Teil der Bezugsgröße für die Berechnung der Arbeitslosenquoten aus der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit gewonnen. Dies führt rein rechnerisch zu verringerten Arbeitslosenquoten; damit ist die Vergleichbarkeit mit den Jahren zuvor eingeschränkt.

Fiskalische Kosten der Arbeitslosigkeit 2020

Abb. 1: Gesamtfiskalische Kosten der Arbeitslosigkeit 2020

Angaben in Prozent



Ausgaben für ...

- Versicherungsleistungen (SGB III)
- Sozialleistungen (SGB II)

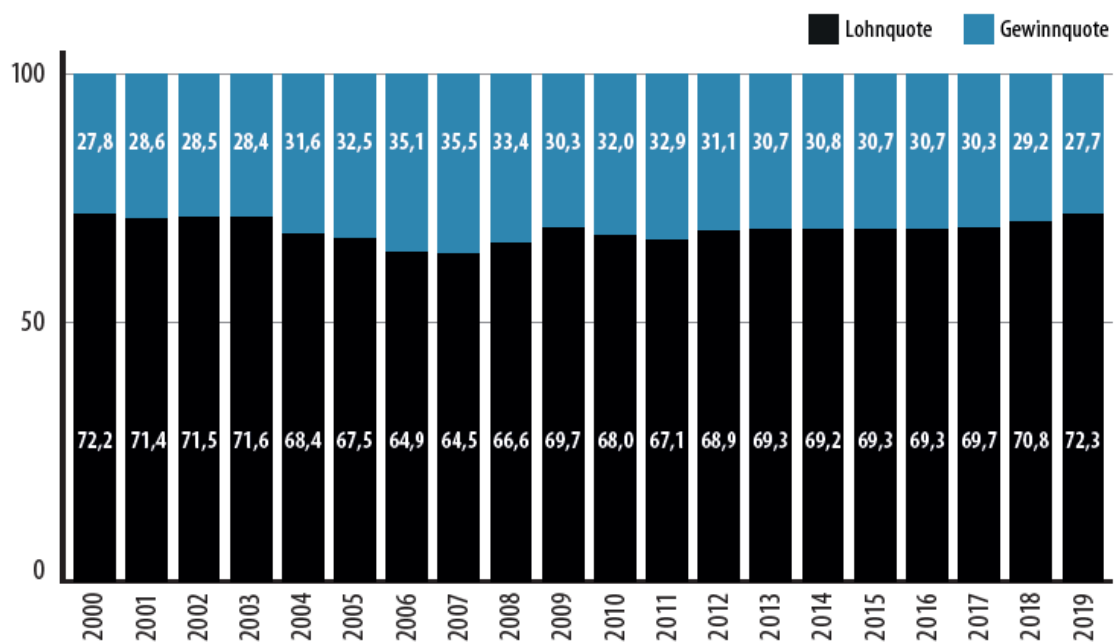
Mindereinnahmen bei ...

- Steuern
- Sozialbeiträgen

Quelle: Berechnungen des IAB. © IAB

Verteilung von Löhnen und Gewinnen

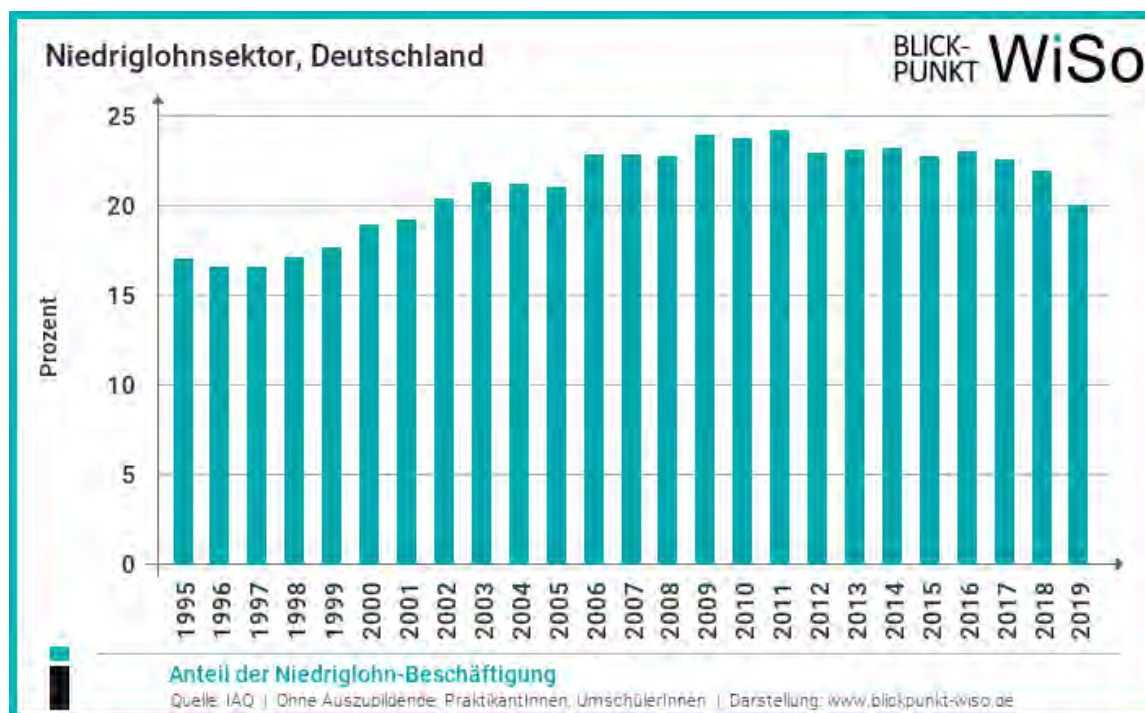
Anteile von Löhnen und Gewinnen am Volkseinkommen in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt

© ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK
MEMORANDUM 2020

Niedriglohnsektor – in Deutschland besonders groß



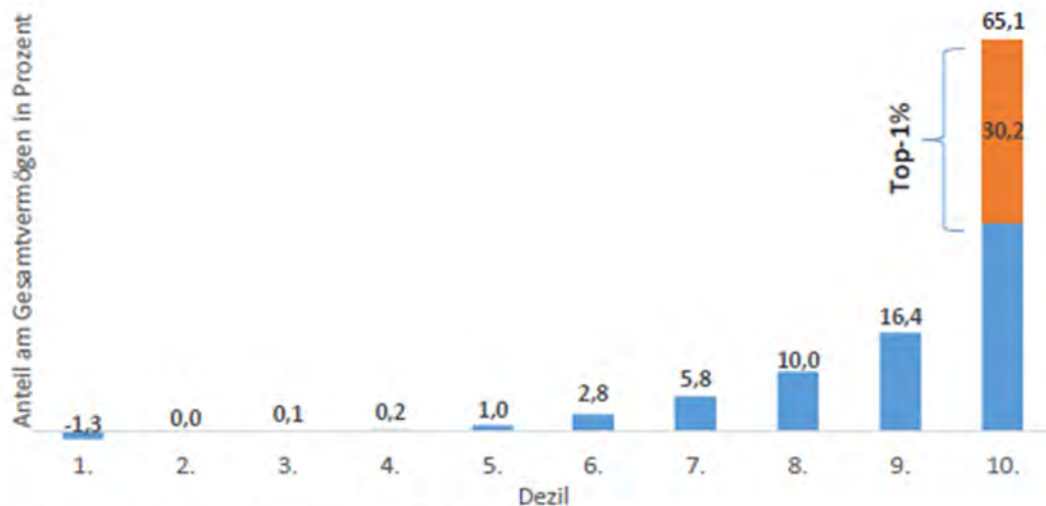
Verteilung des Vermögens der Erwachsenen in Deutschland 2017

Erwachsene	Vermögenswert		Anteil am gesamten Nettovermögen (13,7 Bio. USD = 12,1 Bio. EUR)
	in Bio. US-Dollar	in Bio. EUR	
Die ärmsten 50 %	0,3	0,3	2,4 %
Die 40 %, die zwischen den ärmsten 50 % und den reichsten 10 % liegen	4,5	3,9	32,5 %
Die reichsten 10 %	8,9	7,9	65,2 %
Die reichsten 1 %	3,9	3,5	32,3 %

Quelle: Credit Suisse, Global Wealth Databook 2017, November 2017.

Verteilung des Vermögens der Erwachsenen in Deutschland 2019

Abb. 7.2: Vermögensverteilung in Deutschland im Jahr 2019



Quelle: Credit Suisse, Global Wealth Databook 2019.

aus: DGB-Verteilungsbericht 2021

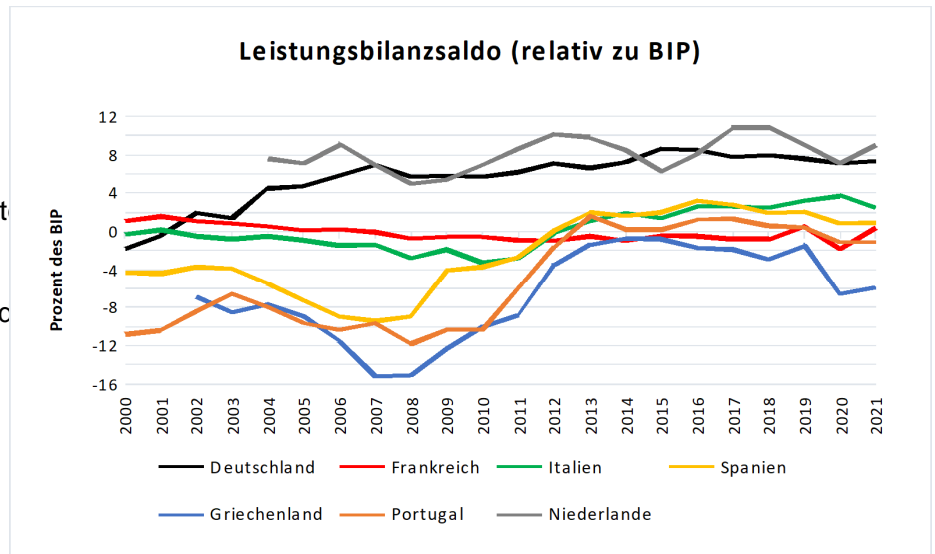
Ungleichheit als Hindernis nachhaltiger Entwicklung

- weltweit steigende Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen
- in Deutschland speziell Vermögen sehr ungleich verteilt
- wachsender Teil der Wertschöpfung wird von Superreichen beansprucht, selbst verschwenderischer Konsum zehrt ihre Renditen nicht auf, Akkumulation von Renditen verstärkt Ungleichheit weiter
- mit Agenda 2010 Prekarisierung und Niedriglohnsektor, untere Einkommensgruppen stark unter Druck
- empirisch belegt: Gefühl der Verantwortlichkeit in ungleichen Gesellschaften kleiner, dadurch geringere Bereitschaft für Umweltschutz und Entwicklungshilfe

Außenwirtschaftliche Ungleichgewichte

Trends:

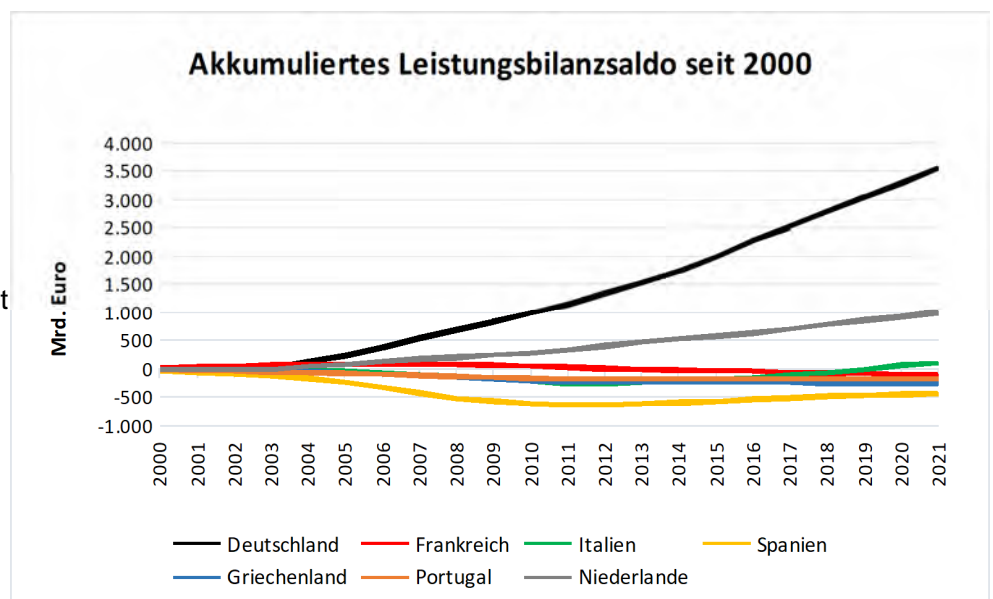
- nach Einführung des Euros:
 - große Leistungsbilanzdefizit in der Peripherie
 - hohe Überschüsse in Deutschland und Niederlande
- Euro-Krise zwang Defizitstaaten zur Korrektur, Deutschland macht weiter wie bisher



Quelle: Eurostat, eigene Darstellung

Der Billionenberg

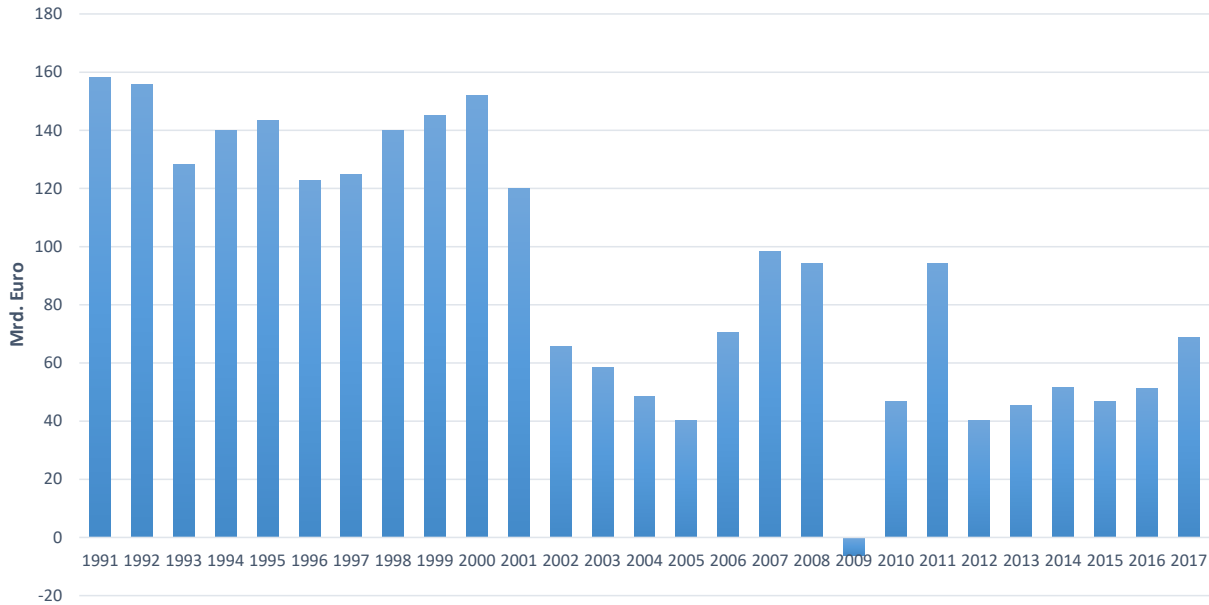
- Die deutsche Volkswirtschaft hat seit 2000 einen kumulierten Überschuss von 2,5 Billionen Euro erzielt
- deutsche Unternehmen, Privathaushalte und Staat haben so gewaltige Forderungen gegenüber dem Ausland bzw. Auslandsvermögen angehäuft
- mögliche Gegenreaktionen:
 - Entwertung in Schuldenkrisen (passiv)
 - Handelskrieg (aktiv)



Quelle: Eurostat, eigene Darstellung

Langanhaltende Investitionsschwäche

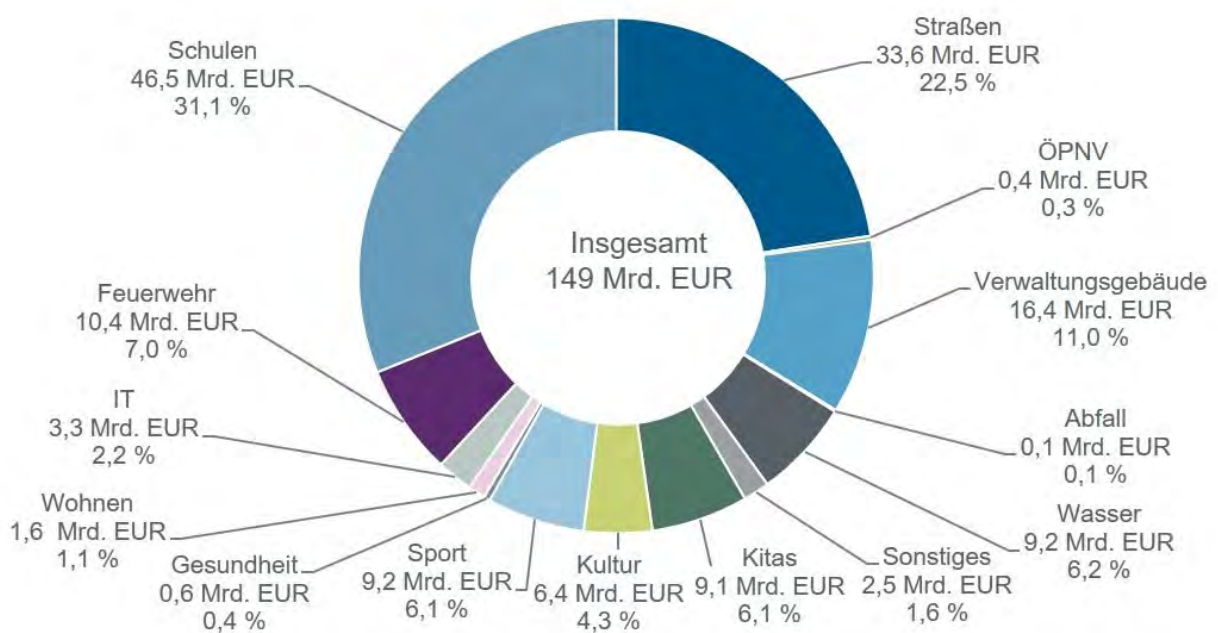
Nettoinvestitionen in Deutschland



Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Darstellung

Wahrgenommener Investitionsrückstand der Kommunen

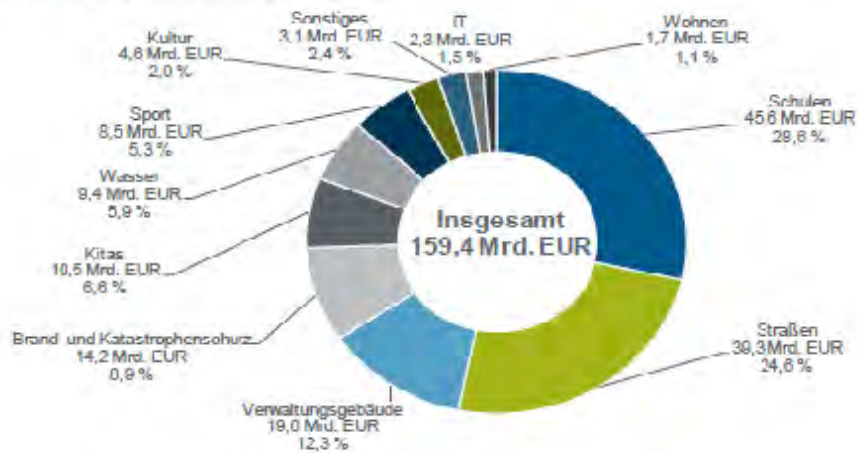
2020, In Mrd. EUR



Quelle: KfW-Kommunalpanel 2021

Wahrgenommener Investitionsrückstand der Kommunen steigt 2021 um 10 Mrd. EUR auf insgesamt 159 Mrd. EUR

Wahrgenommener Investitionsrückstand



Quelle: KfW Kommunalanalyse 2022, durchgeführt vom IffU von Oktober bis Dezember 2021.

Soziale Dienstleistungen – Skandinavien vs. Deutschland

- Deutschland: Beschäftigung in sozialen und gemeinwohlorientierten Beschäftigungsfeldern hinkt dem Bedarf stark hinterher.
- Skandinavien: Wohlfahrtsstaat mit umfänglichen öffentlichen Diensten und ergänzender Non-profit-Beschäftigung
- Anzahl Beschäftigter im öffentlichen Dienst auf 1000 Einwohner (2017, Vollzeit + Teilzeit):
 - Dänemark 143; Schweden 147; Norwegen 159; Finnland 123.
 - Deutschland: 57
- Skandinavische Beschäftigungsquoten in gemeinwohlorientierten Dienstleistungsfeldern (Kranken- und Altenpflege, alle Bereiche der Bildung, soziale Diensten, bei kulturelle Dienstleistungen) würden für Deutschland eine zusätzliche Beschäftigung von 1,2 bis 4 Millionen Menschen bedeuten!

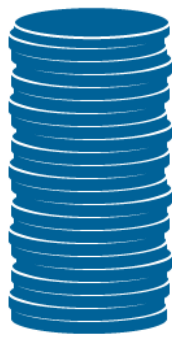
Großes Gehaltsgefälle zwischen Geschlechtern

Durchschnittlicher Bruttoverdienst 2020

zur Berechnung des Gender Pay Gaps



22,78 EUR
pro Stunde



Männer

18,62 EUR
pro Stunde



Frauen

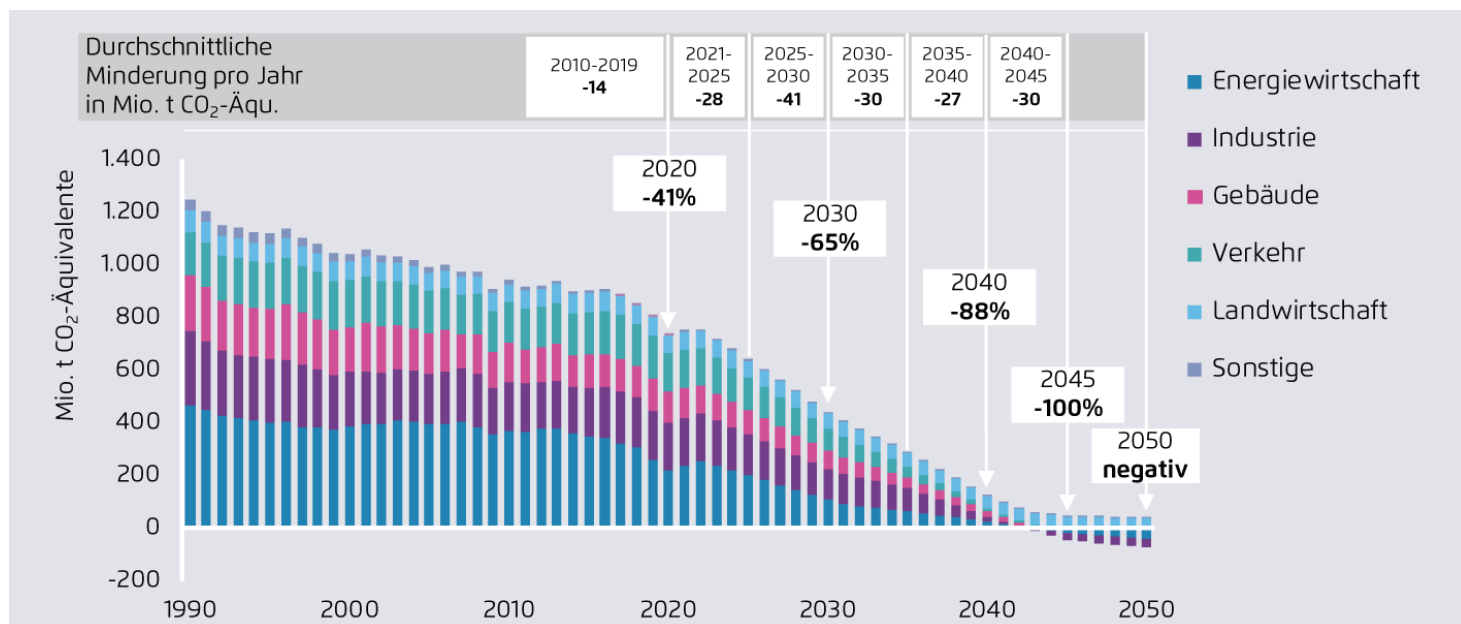


© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2021

Zahlen vorläufig

DISTATIS
Statistisches Bundesamt

Ambitionierte Klimaziele, geringe Fortschritte

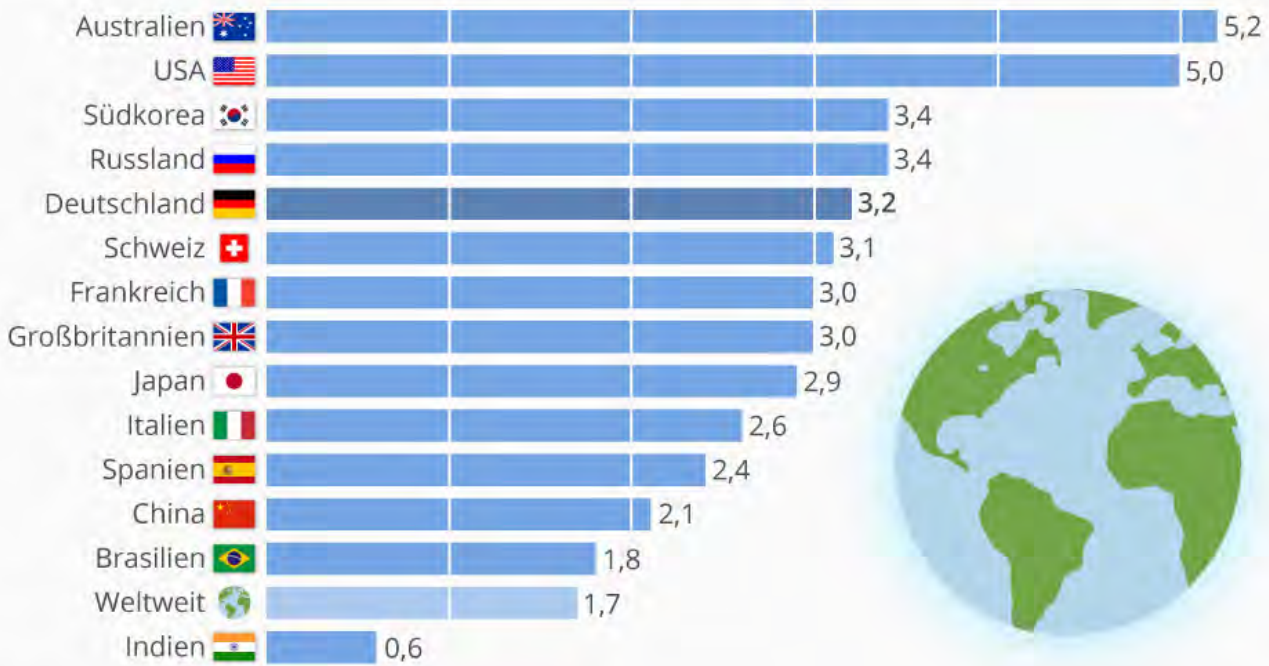


Deutschland muss Reduktionstempo um das 2 bis 3fache steigern, um die selbst gesetzten Klimaziele zu erreichen

Quelle: Agora Energiewende/Agora Verkehrswende (2022): Das Klimaschutz-Sofortprogramm. 22 Eckpunkte für die ersten 100 Tage der neuen Bundesregierung.

Die Welt ist nicht genug

Benötigte Erden, wären die Lebensgewohnheiten weltweit so wie in folgenden Ländern



@Statista_com Quelle: Earth Overshoot Day/Global Footprint Network



Teil 2 Wirtschaftspolitische Alternativen

Wirtschaftspolitische Alternativen

mit dem übergreifenden Ziel der Gendergerechtigkeit

1. Statt Schuldenbremsen und Steuersenkungen:
Politik der verteilungsgerechten Mehreinnahmen
2. Gute Arbeit – Gutes Leben: Prekäre Arbeitsverhältnisse
abschaffen – Öffentlich geförderte Beschäftigung
3. **Sozial-ökologisches** Zukunftsinvestitionsprogramm
4. Arbeitszeitverkürzung
5. Armutsfeste Grundsicherung
6. Reform des Rentensystems
7. Regulierung der Finanzmärkte
8. Wirtschaftsdemokratie
9. Neue Weltwirtschaftsordnung

1. Umverteilen / Steuerkonzept der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

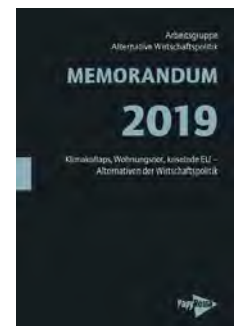
- Vermögensteuer und Vermögensabgabe
- Erbschaftsteuer
- höhere Unternehmenssteuern (→ MEMORANDUM 2021, Kap. 5)
- Gemeindewirtschaftsteuer
- Reform der Einkommensteuer
niedriger und mittlerer Einkommen entlasten und hohe Einkommen belasten (insg. Aufkommensneutral), Abschaffung Ehegattensplitting und Abgeltungsteuer, Erhalt des Solis
- Finanztransaktionsteuer
- Bekämpfung von Steuerumgehung und -hinterziehung
- besserer Steuervollzug

Konzept Steuergerechtigkeit von ver.di

Gesamtkonzept: Änderung bei...	Aufkommenswirkung
Lohn- und Einkommensteuer	- 0,3 Mrd. €
Vermögensteuer	20,0 Mrd. €
Erbschaftsteuer	6,0 Mrd. €
Unternehmensteuer (Körperschaftsteuer auf 25%)	16,4 Mrd. €
Realist. Gewinnermittlung/breitere Bemessungsgrundlage	9,3 Mrd. €
Gemeindewirtschaftsteuer	8,1 Mrd. €
Finanztransaktionsteuer	10,0 Mrd. €
Steuervollzug	12,0 Mrd. €
insgesamt	81,5 Mrd. €

Sozial gerechte CO₂-Steuer

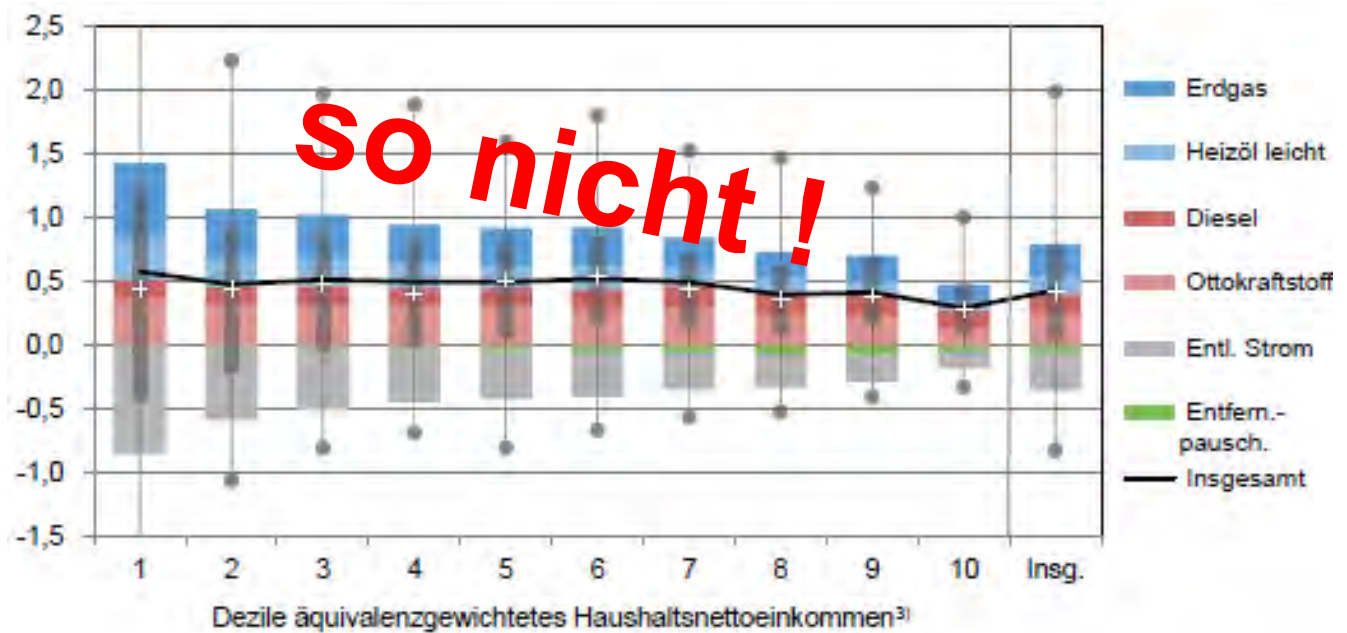
- Ziele:
 - Internalisierung externer Kosten
 - Lenkungsfunktion
 - Finanzierungsfunktion
- Lenkungswirkung, nicht Einnahmen stehen im Vordergrund
- CO₂-Steuer für Wärme und Verkehr, Einstieg mit 40 Euro/t CO₂, stufenweiser Anstieg
- Hälfte der Einnahmen zur Entlastung unterer Einkommens- und Vermögensgruppen verwenden, andere Hälfte für ökologisches Zukunftsinvestitionsprogramm
- CO₂-Mindestpreis im ETS (Strom und Industrie)



Quelle: Memorandum 2019, Kapitel 2 „CO₂-Bepreisung als Instrument der Energiewende“

Klimapaket der Bundesregierung insgesamt regressiv

Belastung und Entlastung der privaten Haushalte durch CO₂-Bepreisung von Kraft- und Heizstoffen bei gleichzeitiger Senkung der EEG-Umlage und Erhöhung der Entfernungspauschale durch das Klimaschutzprogramm 2026



Quelle: Stefan Bach et al (2020): Nachbesserungen beim Klimapaket richtig, aber immer noch unzureichend – CO₂-Preise stärker erhöhen und Klimaprämie einführen, DIW Berlin.

2. Grundsätze guter Arbeit

- Gute Arbeit ist sicher: rechtlich, sozial und gesundheitlich
- Von guter Arbeit kann man gut leben
- Gute Arbeit hat Maß → Arbeitszeitverkürzung
- Gute Arbeit ist demokratisch, daher Mitbestimmung auch in wirtschaftlichen Fragen
- Gute Arbeit stellt Männer und Frauen gleich
- Gute Arbeit bietet Gestaltungsspielräume für unterschiedliche Lebensentwürfe

Ein Programm für gute Arbeit

- Öffentlich geförderte Beschäftigung für Langzeitarbeitslose auf freiwilliger Basis
- Zumutbarkeitskriterien für Arbeitslose wieder einführen
- Regelsatz des Arbeitslosengeld II erhöhen
- Mindestlohn erhöhen auf 12 Euro pro Stunde
- Kündigungsschutz verbessern
- Allgemeingültigkeitserklärung von Tarifverträgen erleichtern
- Öffentliche Auftragsvergabe an Vergaberichtlinien binden

3. Sozial-ökologisches Zukunfts- und Investitionsprogramm

120 Mrd. Euro öffentliche Ausgaben jährlich für

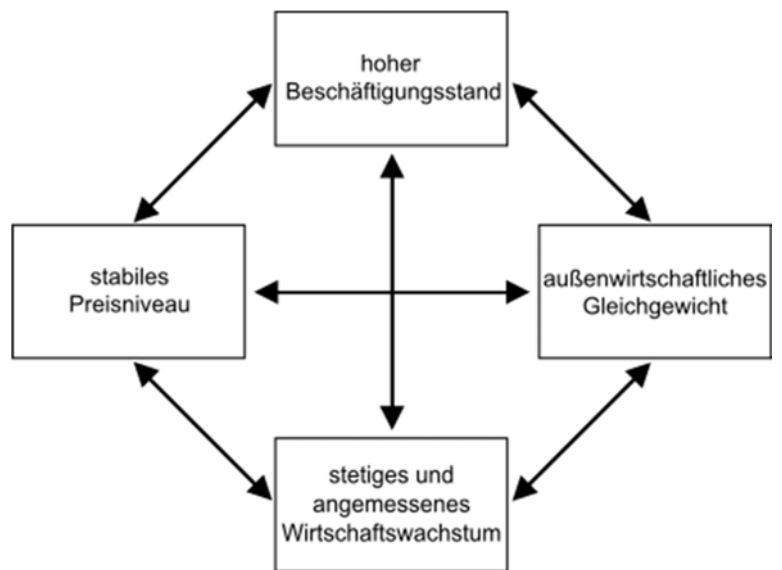
- Bildung (25)
 - Verkehrsinfrastruktur und Digitalisierung (15)
 - Gesundheit und Pflege (20)
 - sozialer Wohnungsbau und Energiewende (20)
 - Kommunale Infrastruktur/ Daseinsvorsorge (10)
 - Arbeitsmarkt und Überwindung von Hartz IV (30)
- langfristig gegenfinanziert durch Steuereinnahmen (siehe steuerpolitische Forderungen)
 - kurzfristig Möglichkeiten zur Kreditaufnahme nutzen (Kreditfinanzierung von Investitionen ist generationengerecht!)

Magisches Viereck / Fünfeck

„Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft“
(Stabilitätsgesetz, 1967)

Ökologische Dimension fehlt
→ neues „Gesetzes zur Förderung der Umwelt- und sozialverträglichen Entwicklung der Wirtschaft“
(Gutachten PIW für die Grünen von 1991)

Stabilitätsgesetz findet praktisch keine Beachtung mehr / für sich allein genommen wirkungsloses Konzept



Ökonomische und soziale Chancen der Energiewende

- Energiewende kann kriselnder EU wieder sinnstiftenden Inhalt geben
- Gesamteuropäischer Ansatz für Klimaschutz ist nötig
- Energiewende ist Zukunftsinvestitionsprogramm
 - Halbierung des Energieverbrauchs und Umstellung auf Erneuerbare Energien bis 2050 technisch möglich und mit positiven wirtschaftlichen Effekten verbunden
 - Investitionen stehen ebenso hohe oder sogar noch größere Einsparungen beim Import fossiler Energieträger gegenüber
- Energieeffizienz kommt Schlüsselrolle zu („efficiency first“)

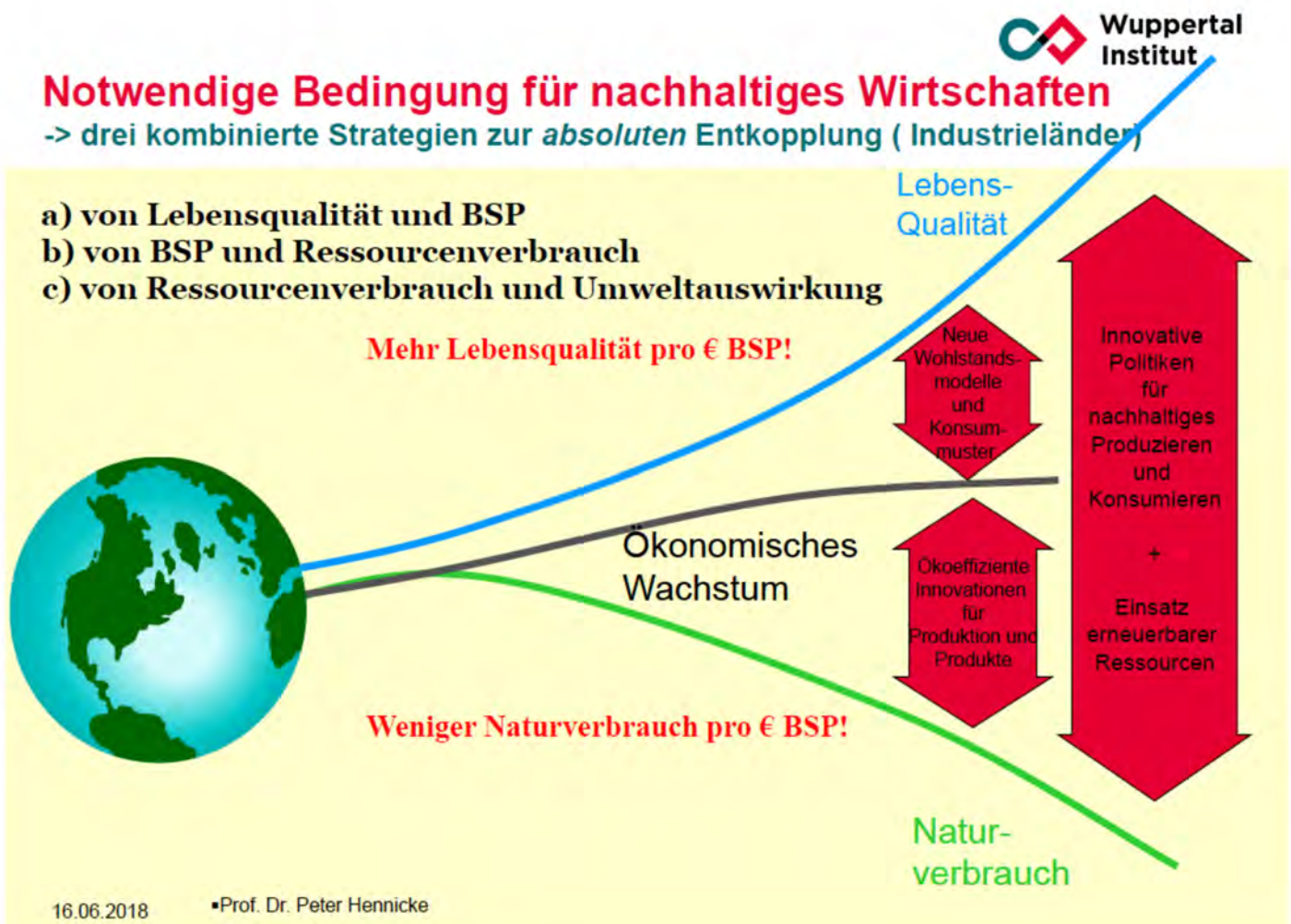


Quelle: Memorandum 2019, Kapitel 1 „Die Energiewende als europäisches Fortschrittsprojekt“

Ökonomische und soziale Chancen der Energiewende (2)

- EU-Kommission rechnet europaweit mit 900.000 zusätzlichen Jobs
- Öko-Institut, Fraunhofer ISI: Klimaschutzplan 2050 des BMU sorgt bis 2030 in Deutschland für 300.000 bis 430.000 Beschäftigte und um 1,1 bis 1,6 Prozent höheres BIP
- Beschäftigungsgewinne in der Industrie, Erneuerbare Energien, nachhaltige Mobilität, Gebäude, Dienstleistungen
- Beschäftigungsverluste bei fossilen Energien und im Fahrzeugbau
- vorausschauende Politik des „gerechten Übergangs“ nötig (statt bloßer Flankierung)
- Bürger(-innen), Kommunen, Stadtwerke, Genossenschaften sind Treiber und nicht Zuschauer der Energiewende

Quelle: Memorandum 2019, Kapitel 1 „Die Energiewende als europäisches Fortschrittsprojekt“



Wachstum

- BIP kein Maß für Wohlstand, BIP-Wachstum kein Selbstzweck
- Unsinnige Forderung nach „Nullwachstum“
- Ausrichtung auf qualitatives, sozial-ökologisch ausgerichtetes und reguliertes Wachstum des Bruttoinlandsprodukts
- Ökologischer Umbau erfordert große Investitionen und viel Arbeit und schafft so Wertschöpfung, die das BIP steigert
- hohe Bedarfe an sozialen Dienstleistungen (Pflege, Bildung, ...)
- Wachsendes BIP kann und muss mit schrumpfender Naturbeanspruchung verbunden werden
- Beseitigung von Wachstumszwängen sinnvoll:
 - Stärkung öffentlicher und genossenschaftlicher Unternehmen
 - Arbeitszeitverkürzung
 - ...

4. Arbeitszeitverkürzung

- derzeit ca. 6 Millionen Arbeitslose (offiziell und verdeckt) und unfreiwillig Teilzeitbeschäftigte
- Idee:
 - deutliche Arbeitszeitverkürzung ohne Einkommensverlust
 - Lebensarbeitszeit verkürzen statt verlängern – weg mit der Rente ab 67
- „Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich“
- mittelfristiges Ziel: 30 Stunden-Woche als Normalarbeitsverhältnis
- komplementäre Varianten der AZV:
früherer Renteneintritt, lebensphasenspezifische Arbeitszeitreduzierung (z.B. für Familie, Pflege, Ehrenamt, Weiterbildung) mit Rückkehrrecht auf Vollzeit, mehr Feier- bzw. Urlaubstage, ...

5. Armutsfeste Grundsicherung

- Die bedarfsorientierte soziale Grundsicherung muss repressionsfrei gewährt werden.
- Niemand darf zur Ausübung einer Beschäftigung gezwungen werden, die kein Existenz sicherndes Einkommen schafft, die berufliche Qualifikation nicht in Wert stellt, zu hohe Ansprüche an Flexibilität und Fahrtzeiten stellt oder die gegen die politische und religiöse Gewissensfreiheit verstößt.
- Die Zumutbarkeitsregelungen sind diesen Grundsätzen anzupassen.

6. Reform des Rentensystems (Schwerpunkt im Memorandum 2021)

- Rückkehr zum Umlageverfahren
- Abschaffung der Riesterrente, Sicherungsniveau von mindestens 50 Prozent (Eck-Rentner)
- keine fest definierten Obergrenzen für Beiträge und Steuerzuschüsse
- keine Anhebung der Regelaltersgrenze, keine Abschläge für gesundheitliche belastete Beschäftigte bei vorzeitigem Renteneintritt
- Ausbau der Gesetzlichen Rentenversicherung zu Erwerbstätigenversicherung unter Einschluss von Beamt*innen und Selbständigen
- zu prüfen: stärkere Beteiligung höherer Einkommen an Rentenbeiträgen ohne Erwerb von entsprechenden Rentenansprüchen („gedehnte Äquivalenz“)

7. Re-Regulierung der Finanzmärkte

Ziel:

Finanzsektor schrumpfen und auf gesamtwirtschaftliche Dienstleistungsfunktion orientieren

Beispiele:

- Finanz-TÜV
- Derivate massiv einschränken, Kreditverkäufe begrenzen
- Finanztransaktionsteuer
- Managerhaftung verschärfen, falsche Vergütungsanreize abschaffen
- Zielzonen für Wechselkurse anstreben
- Kapitalverkehrskontrollen konsequent zulassen
- Geschäfte mit Steuer- und Regulierungsosasen unterbinden

8. Wirtschaftsdemokratie

- Intervenierende Wirtschaftspolitik und Struktur-(Industrie-) Politik inkl. sektoraler Investitionslenkung (*makro*)
- Regulierte Märkte und kontrollierter Wettbewerb, Mittelstands- und Verbraucherschutzpolitik (*meso*)
- Partizipation abhängig Beschäftigter an Entscheidungsprozessen, materielle Teilhabe, ökonomische Abhängigkeiten und Fremdbestimmungen zurückdrängen – individuelle Freiheit stärken (*mikro*)

9. Neue Weltwirtschaftsordnung

- Alle Länder gleichberechtigt an Regulierung beteiligen statt auf G20 beschränken
- Verbindliche Verträge im Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) beschließen statt in der Welthandelsorganisation (WTO)
- Problem ungleichgewichtiger Handelsströme entschärfen/ Währungs Kooperation bzw. Einheitswährung voranbringen
- Regionalisierung und Binnenmarktorientierung stärken
- Investitionen an soziale und ökologische Standards knüpfen
- Entwicklungsländer entschulden / Internationales Insolvenzrecht einführen / Fonds gegen Krisenfolgen für Entwicklungsländer einrichten
- Steuer- und Regulierungssoasen austrocknen

Vielen Dank!